



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 26.02.2013

Pressemitteilung

Manfred Groh (CDU) weist die unsachliche Kritik von Durlacher SPD an CDU Bildungskampagne zurück

Energisch weist der CDU-Landtagsabgeordnete Manfred Groh die unsachliche Kritik der SPD Durlach an der Diskussionsveranstaltung „Wir kämpfen für unsere Realschule“ vom 18. Februar 2013 in der Friedrich Realschule zurück.

„Die Äußerungen und die Wortwahl von Herrn Pfalzgraf haben mich erstaunt. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass weder Herr Pfalzgraf noch ein anderer Mandatsträger SPD an der öffentlichen Veranstaltung teilgenommen haben“, so der CDU Landtagsabgeordnete in einer ersten Reaktion.

Verwundert zeigt sich Groh auch darüber, dass Herr Pfalzgraf bestreitet, dass die Realschulen mittel- und langfristig in die Gemeinschaftsschulen integriert werden sollen. „Es scheint, als ob die Durlacher SPD nicht weiß, was die SPD auf Landesebene macht. Sowohl der Ministerpräsident, als auch das Kultusministerium haben eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass sie ein „Zwei-Säulen-Schulmodell“, bestehend aus Gemeinschaftsschule und Gymnasium flächendeckend aufbauen möchten. Dies wurde vom Ministerpräsidenten auf einer Landespressekonferenz

am 23. November 2013 angekündigt“, so Groh. Auch der neue Karlsruher OB setzt auf den Ausbau der Gemeinschaftsschulen in unserer Stadt.

„Die These von Herrn Pfalzgraf, wonach die Realschulen auch in Zukunft Bestandteil des baden-württembergischen Bildungssystems bleiben werden, wäre wünschenswert. Sie steht jedoch dem Regierungshandeln entgegen“, so Manfred Groh weiter. Im Schuljahr 2012/13 lagen dem Kultusministerium ca. 120 Anträge auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule vor. Lediglich bei vier Anträgen waren auch Realschulen beteiligt. Die restlichen Anträge kamen ausschließlich von ehemaligen Haupt- und Werkrealschulen. Seitens der Landesregierung reift nun die Erkenntnis, dass die Gemeinschaftsschule als Schulform misslingt, wenn in Zukunft nicht deutlich mehr Realschulen in die Gemeinschaftsschulen integriert werden. Aufgrund dessen wird ein zunehmender Druck auf die Realschulen ausgeübt.